

## Protokoll Nr. 24 (2019-2023)

### der öffentlichen Sitzung des Beirats Schwachhausen am 24.03.2022 (Videokonferenz)

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 22:30 Uhr

Anwesend waren:

- |                |   |  |
|----------------|---|--|
| a) vom Beirat  | Songül Aslan<br>Miriam Benz<br>Christian Carstens<br>Gudrun Eickelberg<br>York Golinski<br>Anje Hoffmann-Land<br>Jörn H. Linnertz<br>Gabriele Schmidt<br>Dr. Wolfgang Schober | Evelyne Augis<br>Dr. Christine Börner<br>Hela Dumas<br>Anna Faethe<br>Sandor Herms Herms<br>Klaus-Peter Land<br>Kay Middendorf<br>Maria Schmidt<br>Dr. Hans-Peter Volkmann |
| b) vom Ortsamt | Ralf Möller<br>Thomas Berger  |  |
| c) Gäste       | Michael Glotz-Richter (Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS)) zu TOP 2   |  |

Vor Eintritt in die Sitzung begrüßt Ralf Möller Antje Hoffmann-Land (Grüne), die für das ausgeschiedene Beiratsmitglied Wiebke Feuerhake in den Beirat nachgerückt ist, und bietet ihr eine gute Zusammenarbeit an.

Das Protokoll Nr. 23 der Beiratssitzung am 24.02.2022 wird genehmigt.

Anschließend wird die Tagesordnung ergänzt: Als neuer TOP 8 wird „Anhörungsverfahren ASV (Hartwigstraße)“ eingefügt. Mit dieser Ergänzung wird die Tagesordnung genehmigt.

### **TOP 1: Bürger\*innenanträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten**

#### Mitteilungen der Beiräte

Gudrun Eickelberg stellt fest, dass der Benqueplatz oftmals regelwidrig von Kfz und Lkws beparkt werde. Der Beirat müsse sich darüber verständigen, wie er damit umgehen wolle. Sie sei der Meinung, dass der Platz für die Bevölkerung zurückgeholt und attraktiver gemacht werden müsse.

Kay Middendorf erwidert, dass hier bereits ein Halteverbot angeordnet sei, das jedoch durchgesetzt werden müsse.

Dr. Christine Börner stellt fest, dass auf dem Benqueplatz regelmäßig kontrolliert und geahndet werde.

Gabriele Schmidt berichtet, dass die Polizei am 14.03.2022 im Anschluss an eine Demonstration gegen die allgemeine und die einrichtungsbezogene Impfpflicht Teilnehmer\*innen, die die Demonstration verlassen hätten, aufgehalten und gebeten habe, einen anderen als den selbst gewählten Weg einzuschlagen, um das Zusammentreffen mit anderen Gruppierungen zu vermeiden. Sie stelle sich die Frage, ob die Polizei die Bürger\*innen nicht schützen könne?

#### Mitteilungen aus dem Ortsamt

Herr Möller teilt Folgendes mit:

- Am kommenden Sonntag, 27.03.2022, laufe die Frist für die Einreichung von Globalmittelanträgen für die erste Vergaberunde ab. Bislang lägen sieben Anträge vor. Der Beirat werde dann in seiner Sitzung am 28.04.2022 über die Anträge entscheiden;

- die swb AG habe sich in einem Schreiben an die Beiratsmitglieder gewandt und mitgeteilt, dass sie € 250.000 „für die Einrichtung eines Fonds zur Förderung von Umweltprojekten“ zur Verfügung stellen werde. Allerdings seien diese Mittel nicht ausschließlich für die Stadtteile Horn-Lehe, Schwachhausen und die Vahr gedacht, die vom Bau der Fernwärme-Verbindungsleitung unmittelbar betroffen seien, sondern für alle Bremer\*innen, da „swb und wesernetz über die ganze Stadt verteilt immer wieder in Infrastruktur und Industrieanlagen investieren müssen“. Eine unabhängige Jury solle über die beantragten Umweltprojekte entscheiden;<sup>1</sup>
- die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) habe auf die Informationsanfrage des Beirats aus der Sitzung am 22.07.2021 zum Bewohnerparken geantwortet.<sup>2</sup>

## TOP 2: Infrastruktur E-Ladesäulen

Ralf Möller macht eingangs deutlich, dass der Beirat in der Vergangenheit immer wieder um Stellungnahme zu einzelnen E-Ladesäulen gebeten worden sei, der Beirat aber bislang ein Gesamtkonzept vermisste.

Michael Glotz-Richter erläutert an Hand einer Präsentation, wie Bremen die Ladeinfrastruktur für E-Mobilität in Bremen ausbauen wolle:<sup>3</sup>

- Ausgehend von den politischen Zielen der Bundesregierung bis 2030, sei in Bremen mit etwa 75.000 Elektrofahrzeugen und etwa 7.500 bis 10.000 Ladepunkten zu rechnen. Mit einem deutlichen Anstieg der Zahlen in beiden Kategorien sei ab 2024 zu rechnen;
- seit November 2021 übersteige die Zahl der neu zugelassenen Elektro-Fahrzeuge die Zahl der neu zugelassenen Hybrid-Fahrzeuge und habe im Dezember 2021/ Januar 2022 bei 20% gelegen;
- die Zahl der Ladesäulen wachse seit Jahren, bleibe aber seit 2021 deutlich hinter dem zahlenmäßigen Anstieg der Elektro-Fahrzeuge zurück;
- die bisherige Ladesäulen-Infrastruktur konzentriere sich insbesondere im innerstädtischen Bereich einschließlich dem vorderen Schwachhausen. Dabei handele es sich um Ladesäulen auf öffentlichem Grund, die aber privat betrieben würden. Als Betreiber/-innen träten 20 verschiedene Firmen auf, eine davon sei die swb AG;
- die meisten Ladevorgänge erfolgten privat bzw. auf Firmengelände und nur in geringerem Maß an öffentlichen Ladesäulen;
- die Bundesregierung habe ein Förderprogramm aufgelegt, allerdings übersteige die Bremer Nachfrage die bereitgestellten Mittel, so dass SKUMS in weitere Verhandlungen mit dem Bundesminister für Verkehr eintreten werde;
- die Ladesäulen befänden sich meist im Straßenraum und sorgten dort für eine weitere Verdichtung. Sie könnten nur eingerichtet werden, wenn zuvor der ruhende Verkehr geordnet worden sei. Das bedeute, dass die Einrichtung von Ladesäulen in eng beparkten Quartieren wie Schwachhausen schwierig sei. Zu beachten sei eine verbleibende Mindest-Gehwegbreite von 1,80 m;
- die begleitenden Kosten zur Einrichtung eines Ladepunktes seien hoch, obwohl die Größe einzelner Ladepunkte geringer geworden sei;
- angestrebt werde auch die Einrichtung sog. „zero emission hub“, d.h. die kombinierte Anordnung von Ladepunkten mit Carsharing usw.

Auf Nachfragen erwidert Michael Glotz-Richter:

- SKUMS versuche, ein Rahmenkonzept für die Ladesäuleninfrastruktur zu erstellen. Dabei sei zu bedenken, das SKUMS lediglich Ladepunkte genehmige, sie aber nicht aufstelle.

<sup>1</sup> Das Schreiben der swb AG ist als **Anlage 1** diesem Protokoll angefügt.

Der Beirat Schwachhausen hatte zuletzt in seiner Sitzung am 16.12.2021 zu den geänderten Unterlagen im Planfeststellungsverfahren zum Bau einer Fernwärmeverbindungsleitung Stellung genommen, siehe [Protokoll Nr. 21](#) (TOP 5) und die [Anlage Beschlussvorschlag GRÜNE und SPD zu Änderungen im Planfeststellungsverfahren zur Fernwärmeverbindungsleitung](#). Darin hatte der Beirat für jeden betroffenen Stadtteil einen Stadtteilstiftungs im Umfang von € 200.000 gefordert.

<sup>2</sup> Die Antwort der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) ist als **Anlage 2** diesem Protokoll angefügt. Zur Beiratssitzung am 22.07.2021 siehe unter [Protokoll Nr. 18](#).

<sup>3</sup> Die Präsentation ist als **Anlage 3** diesem Protokoll angefügt.

Mögliche Betreiberfirmen könnten nicht zur Errichtung von Ladepunkten gezwungen werden, hätten aber auch nicht die Möglichkeit, sich die besten Standorte zu vorbehalten;

- die Aufstellung einer Ladesäule bedeute eine Sondernutzung des öffentlichen Verkehrsraums. Damit seien Beiratsrechte berührt, deshalb werde auch zukünftig jede einzelne Ladesäule dem Beirat vorgelegt;
- die einschlägigen Verwaltungsvorschriften zu aufgesetztem Parken erlaubten bei einer verbleibenden Rest-Gehwegbreite von unter 1,50 m das Abschleppen. Die genannte Gehwegbreite von 1,80 m orientiere sich an der Möglichkeit, dass sich zwei Rollstühle begegnen könnten. Das unlängst ergangene Urteil des Verwaltungsgerichts habe festgestellt, dass ein Parkverhalten mit Beeinträchtigung anderer Verkehrsteilnehmer\*innen nicht hingenommen werden dürfe. Die öffentliche Hand habe einen Ermessensspielraum, wie sie dem begegnen wolle, aber nicht ob;
- zur Einrichtung der vorgestellten hubs bemühe sich SKUMS um Fördermittel des Bundes;
- die Aufstellung von E-Ladesäulen bedeute für die Betreiber kein „schnelles Geld“, weil der bauliche Aufwand nicht unerheblich sei. Ggf. wünsche die öffentliche Hand die Aufstellung einer Ladesäule, veröffentliche eine Ausschreibung, finde aber keine Betreiberfirma. Swb bspw. habe in den zurückliegenden drei Jahren im öffentlichen Straßenraum keine Ladesäulen aufgestellt;
- den Wunsch des Beirats nach einem Betriebsplan für das Bewohnerparken im Stadtteil werde er übermitteln. Gegenwärtig seien die Kolleg\*innen mit einer Beteiligungsrunde für das Bewohnerparken in Findorff ausgelastet;
- schon 2010 habe Bremen festgelegt, dass an E-Ladesäulen nur Ökostrom bezogen werden dürfe. Die eigentlich fällige Sondernutzungsgebühr habe Bremen seit 01.01.2022 und bis 2029 auf null verringert, um den Aufwuchs zu befördern;
- die Bundesregierung habe eine neue Vorschrift erlassen, nach der Ladesäulen roamingfähig sein müssten, also die Nutzer\*innen an jeder beliebigen Ladesäule den Strom ihres Stromlieferanten beziehen können müssen.

### TOP 3: Bürger\*innenantrag Wyckstraße: Weidentipi<sup>4</sup>

Ralf Möller berichtet, dass sich der inhaltlich zuständige Fachausschuss „Soziales, Integration, Jugend und Kultur“ auf seiner letzten Sitzung am 02.03.2022 nicht auf eine einvernehmliche Stellungnahme habe verständigen können. Im Anschluss an die Sitzung habe das Ortsamt ein weiterer Bürgerantrag aus der Wyckstraße erreicht, der sich für die Aufstellung eines Weidentipis mit Weidengängen ausspreche.

Gabriele Schmidt als Sprecherin des Fachausschusses „Soziales, Integration, Jugend und Kultur“ berichtet, dass der Fachausschuss bis zu seiner letzten Sitzung daran festgehalten habe, den

---

<sup>4</sup> Der Sachverhalt wurde bislang in mehreren Sitzungen des Fachausschusses „Soziales, Integration, Jugend und Kultur“ behandelt, siehe [Protokoll Nr. 8](#) (TOP 1) vom 20.01.2021, [Protokoll Nr. 11](#) (TOP 2) vom 21.04.2021, [Protokoll Nr. 13](#) (TOP 2) vom 30.06.2021 und [Protokoll Nr. 17](#) (TOP 2) vom 02.03.2022. Auf der letzten Sitzung konnte sich der Fachausschuss auf keine einvernehmliche Stellungnahme verständigen.

Ausgangspunkt der ersten Befassung am 20.01.2021 war die Anfrage des Amts für Straßen und Verkehr (ASV) um eine Stellungnahme zu einem dort vorliegenden Antrag, auf der Wiese an der Wyckstraße orstfeste Spielgeräte aufstellen zu dürfen. Zu diesem Vorhaben lag dem Ortsamt gleichzeitig ein Bürgerantrag vor, die Installation ortsfester Spielgeräte zu unterlassen. Beides wurde in der Sitzung am 20.01.2021 behandelt. Der Fachausschuss verblieb mit der Nachbarschaft so, dass diese sich um einen Kompromiss in der Sache bemühen soll. Dieser Kompromiss ist allerdings bis heute nicht zustande gekommen. Jedoch lag zur Sitzung am 30.06.2021 eine teilweise Verständigung auf ein Weidentipi mit zwei Weidengängen vor, dem das ASV auch zustimmen würde.

Der Fachausschuss hatte die Thematik für seine Sitzung am 24.01.2022 vorgesehen, setzte den TOP aber von der Tagesordnung ab, weil aus der Nachbarschaft kein Kompromiss vorlag.

Als zur Sitzung am 02.03.2022 nach wie vor kein Kompromiss vorlag, entschied sich der Fachausschuss, das Thema nicht neuerlich zu vertragen, sondern zu einer Entscheidung zu kommen.

Dem Gremium lag folgender modifizierter Beschlussvorschlag vor: „Es gibt einen Beschluss dieses Gremiums, die Gestaltung der freien Fläche in der Wyckstraße zu fördern, wenn unter den Anwohner\*innen Konsens über die Maßnahme besteht. Auch ohne detaillierte Prüfung der vorliegenden Unterlagen ist erkennbar, dass es nicht gelungen ist, Konsens herzustellen. Damit wird der Vorgang durch diesen Ausschuss für erledigt erklärt. Gegenüber dem ASV wird eine ablehnende Stellungnahme zu dem Antrag, die Grünfläche an der Wyckstraße mit ortsfesten Spielgeräten auszustatten, ausgesprochen.“ Dieser Antrag wurde mit 5 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme (SPD) angenommen.

Nach der Fachausschusssitzung erreichte das Ortsamt ein weiterer Bürgerantrag, auf der fraglichen Fläche ein Weidentipi mit zwei Weidengängen aufstellen zu lassen. Dieser Bürgerantrag ist als **Anlage 4** diesem Protokoll angefügt und lag den Beiratsmitgliedern bereits vorab vor.

Sachverhalt erst dann wieder zu beraten und zu entscheiden, wenn sich die Nachbarschaft auf ein gemeinsames Vorgehen verständigt habe. Auf seiner letzten Sitzung habe sich das Gremium dann jedoch dafür entschieden, eine Entscheidung herbeizuführen, obwohl kein Einvernehmen in der Nachbarschaft vorgelegen habe. Das Gremium sei aber zu keinem einvernehmlichen Votum gelangt.

Der Streit um die Nutzung der Grünfläche an der Wyckstraße schwele bereits seit vielen Jahren. Der Fachausschuss habe sich mehrfach mit der Problematik befasst, allerdings lägen nur magere Ergebnisse vor. Einerseits bestehe in der Nachbarschaft der Wunsch, ortsfeste Spielgeräte aufzustellen, andererseits die Haltung, es solle bleiben wie bisher. Ein gemeinsamer Ansatz der Nachbarschaft habe sich mit einem Weidentipi, kombiniert mit Weidengängen, ergeben. Zumindest für eine der beteiligten Parteien habe dies jedoch nicht ausgereicht.

Es zeichne sich keine abschließende Einigung ab, vielmehr verfestige sich der Eindruck, dass eine Einigung nicht mehr gewollt sei. Sie schlage im Einvernehmen mit Kay Middendorf vor, heute zu einer Entscheidung zu kommen und dabei dem Vorschlag Weidentipi/ Weidengänge stattzugeben.

Er pflichte Gabriele Schmidt bei, so Kay Middendorf ergänzend. Der Fachausschuss habe das Vorgehen lange unabhängig von Parteigrenzen gehandhabt, erst auf der letzten Sitzung sei dieses Einverständnis aufgebrochen worden. Er bitte nachdrücklich darum, dass der Beirat das mehrheitliche Votum des Fachausschusses nicht übergehe. Der Fachausschuss habe viel Zeit investiert, ein abweichendes Votum des Beirats könne den Fachausschuss beschädigen. Er schlage deshalb vor, dass der Beirat den Beschluss des Fachausschusses bestätige und um die Aufstellung eines Weidentipis ergänze.

Gudrun Eickelberg erwidert, dass hier mit zweierlei Maß gemessen werde. Im Falle des Globalmittelantrags zur Wanderbaumallee habe der Beirat ebenfalls das mehrheitliche Votum des Fachausschusses „Umwelt und Klimaschutz“ überstimmt.<sup>5</sup> Der Fachausschuss habe in der Tat lange auf die Anwohner\*innen der Wyckstraße gewartet. Die Problematik bewege die Nachbarschaft sehr, selbst in den letzten Tagen hätte sie noch viele Mails erhalten. Der Streit bestehe bereits seit 1971. Sie habe den Eindruck, dass hier öffentliche Fläche privat beansprucht werde. So seien von privater Seite dort auch Schilder aufgestellt worden. Offenbar sei Kindern der Zutritt zu dieser Fläche verwehrt worden. Grundsätzlich sei festzuhalten, dass Schwachhausen bei Spielplätzen unterversorgt sei. Die Senatorin für Soziales, Jugend und Integration (SJI) sei gerne bereit, weitere Spielplätze zu schaffen. Deshalb sollte zunächst geprüft werden, ob dies im Fall der Wyckstraße möglich sei. Dabei müsse auch der ggf. nötige Unterhalt geklärt werden. Sie schlage deshalb vor, heute zu keiner Entscheidung zu kommen und den Sachverhalt zu vertagen.

Anna Faethe pflichtet Gudrun Eickelberg in Teilen bei. Zur Befriedung der Auseinandersetzung halte sie es jedoch für sinnvoll, heute zu einer Entscheidung zu kommen. Eine Entscheidung sollte die Möglichkeit, ein Weidentipi aufzustellen, umfassen.

Ralph Saxe (Mitglied der Bremischen Bürgerschaft) teilt mit, dass er vor Ort gewesen sei und sehr für einen Kompromiss geworben habe. Die vorhandenen Gräben seien aber in der Tat tief. Trotzdem bitte er darum, weiterhin einen Kompromiss zu suchen.

Hela Dumas äußert, dass sie in der Umgebung der Wyckstraße wohne und nicht bestätigen könne, dass dort Kinder verscheucht worden seien. Mit der Einigung auf ein Weidentipi bestehe zumindest ein minimaler Konsens, den alle mittragen könnten. Deshalb sollte der Beirat zunächst einmal dies beschließen. Das reklamierte Schild, das von privater Seite aufgestellt worden, könne gerne entfernt werden.

Eine Anwohnerin der Wyckstraße hält fest, dass zu Zeiten ihrer Eltern die Wiese grundsätzlich nicht betreten worden sei. Erst ihre Mutter habe sich dafür eingesetzt, dass sich dies ändere. Die vorhandene Beschilderung verbiete es Kindern nicht, die Fläche zu nutzen, weise jedoch darauf hin, dass Hunde nichts hinterlassen sollen. So halte sie das auch für sinnvoll. Etwa alle zehn Jahre tauche der Wunsch nach ortsfesten Spielgeräten auf. Deshalb wende sie sich gegen eine private Gestaltung, denn die Kinder zeigten, dass sie auf dieser Wiese gerne und gut spielen könnten. Eine nicht bebaute Wiese könne vielseitig genutzt werden.

---

<sup>5</sup> Gudrun Eickelberg bezieht sich hier auf die Beiratssitzung am 16.12.2021, siehe [Protokoll Nr. 21](#) (TOP 3).

Ein weiterer Anwohner teilt mit, dass der ursprüngliche Bürgerantrag, eine Aufstellung ortsfester Spielgeräte abzulehnen, zu einem Bürgerantrag auf Zulassung eines Weidentipis fortgeschrieben worden sei. Dieser finde sehr viel Zustimmung in der Nachbarschaft, bedeute aber auch das Ende der Diskussion. Es sei ihm wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Wiese nicht privat genutzt werde. Auch seien keine Kinder weggeschickt worden. Die reklamierten Schilder machten die Wiese als Spielwiese deutlich und sollten Hunde fernhalten. Alle in der Nachbarschaft sähen die Wiese als Spielfläche an. Allerdings wende er sich gegen eine Entwertung dieser Fläche durch eine „feste Möblierung“.

Eine weitere Anwohnerin entgegnet, dass es keinen Kompromiss in der Nachbarschaft mehr geben werde. Vielmehr müsse die Stadt jetzt die Entscheidung an sich ziehen, um die verhärteten Positionen zu überwinden. In Schwachhausen fehlten 40% an öffentlicher Spielfläche, in einzelnen Ortsteilen bis zu 75%. Der Koalitionsvertrag der jetzigen Regierungskoalition habe sich einen Ausbau öffentlicher Spielflächen zum Ziel gesetzt.

Ralf Möller lässt nun zunächst über den Antrag von Gudrun Eickelberg auf Vertagung dieses TOPs abstimmen - eine Gegenrede zu ihrem Antrag wird nicht gewünscht: Der Antrag wird bei Stimmengleichheit (9 Ja (Grüne u.a.)- und 9 Nein (CDU, FDP u.a.)-Stimmen) abgelehnt.

Anschließend beantragt Kay Middendorf eine Abstimmung des bereits dem Fachausschuss „Soziales, Integration, Jugend und Kultur“ vorgelegten Antrags. Damit werde eine ortsfeste Bebauung abgelehnt, die Aufstellung eines Weidentipis sei aber weiterhin möglich. Der Stadtgemeinde sei es unbenommen, den Sachverhalt zukünftig an sich zu ziehen. Auch könne der Beirat dies neuerlich abstimmen, sollte sich in der Nachbarschaft ein Konsens ergeben, gegenwärtig sei dies jedoch nicht der Fall.

Ralf Möller bestätigt auf Nachfrage, dass damit auch weiterhin die Aufstellung eines Weidentipis nicht generell ausgeschlossen wäre.

Anschließend lässt er über den Antrag von Kay Middendorf abstimmen: Er wird ebenfalls bei Stimmengleichheit (9 Nein (Grüne u.a.)- und 9 Ja (CDU, FDP u.a.)-Stimmen) abgelehnt.

Eine weitere Abstimmung, ggf. über den Antrag zur Aufstellung eines Weidentipis, wird vom Beirat nicht gewünscht.

#### **TOP 4: Mitbestimmungsrechte des Beirats bei lokalen Verkehrsplanungen**

Ralf Möller verliert zunächst den fraktionsübergreifenden Antrag.<sup>6</sup>

Klaus-Peter Land unterstreicht anschließend, dass verschiedene Anlässe den Antrag befördert hätten. SKUMS sei bislang einen konkreten Zeitplan zur Einführung des Bewohnerparkens schuldig geblieben. Es sei jedoch im Interesse des Beirats, dass noch vor Ablauf der Legislaturperiode ein Plan vorliege. Es sei Zeit, ins Handeln zu kommen und dafür weiteren politischen Druck aufzubauen.

Kay Middendorf unterstreicht die gemeinsame Haltung aller Fraktionen. Die Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ habe sich bei der Einführung des Bewohnerparkens nicht auf einen gemeinsamen Standpunkt verständigen können. Die Mehrheit habe dafür votiert, dass über die Einrichtung der Bewohnerparkzonen in der Stadtbürgerschaft entschieden werden solle. Dies würde aber die Beteiligungsrechte der Beiräte beschneiden. Die Beiratsmitglieder könnten jedoch die Situation des ruhenden Verkehrs am besten beurteilen. Deshalb dürfe sich der Beirat sein Mitbestimmungsrecht nicht nehmen lassen.

Anschließend lässt Ralf Möller über den Antrag abstimmen: Er wird einstimmig angenommen.

#### **TOP 5: Naturschutzfachliche Begleitung beim Bau der Fernwärmetrasse**

Ralf Möller verliert den Antrag der SPD-Fraktion.<sup>7</sup> Er informiert darüber, dass die swb AG zur bauökologischen Begleitung der Baumaßnahme verpflichtet sei und dies in einem Bautagebuch dokumentieren müsse, das in monatlichen Abständen der unteren Naturschutzbehörde vorzu-

---

<sup>6</sup> Der fraktionsübergreifende Antrag ist als **Anlage 5** diesem Protokoll angefügt.

<sup>7</sup> Der Antrag der SPD-Fraktion ist als **Anlage 6** diesem Protokoll angefügt.

legen sei. Sowohl dort als auch bei der swb könne diesbezüglich nachgefragt werden. Beide ständen Nachfragen offen gegenüber.

Der Beirat verständigt sich auf eine Abstimmung des vorliegenden Antrags ohne weitere Debatte.

Ralf Möller stellt den Antrag zur Abstimmung: Er wird einstimmig angenommen.<sup>8</sup>

### **TOP 6: Fockes Fest**

Ralf Möller verliest den Antrag der Grünen und der Linken und berichtet, dass sich das Festkomitee für Fockes Fest, in dem inzwischen alle Beiratsfraktionen vertreten seien, mit der Frage, ob weiterhin ein Eintrittsgeld von bislang 2 € für Erwachsene und 1 € für Kinder erhoben werden sollte, kontrovers auseinandergesetzt habe.<sup>9</sup>

Klaus-Peter Land legt dar, dass das bislang erhobene Eintrittsgeld als „kleine Hemmschwelle“ beim Besuch von Fockes Fest anzunehmen sei. Das Fest solle aber möglichst ein Fest für alle sein. Den entstehenden Fehlbetrag könne der Beirat aus seinen Globalmitteln übernehmen, schließlich habe der Beirat im zurückliegenden Jahr nicht alle Mittel verausgabt. Das Focke Museum erhalte auf diesem Weg die notwendige Planungssicherheit.

Kay Middendorf wendet hingegen ein, dass sich der Verzicht auf ein Eintrittsgeld nachteilig für das Image des Festes auswirken könne.

Anna Faethe wiederum gibt zu bedenken, dass die Attraktivität des Fests auch durch andere Maßnahmen, insbesondere im künstlerischen Angebot, aufrechterhalten werden könne. Denkbar sei auch, am Eingang Spendendosen aufzustellen und es so den Besucher\*innen zu überlassen, sich finanziell zu beteiligen.

Ralf Möller lässt über den vorliegenden Antrag abstimmen: Er wird bei 11 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen (CDU) und 1 Enthaltung (FDP) mehrheitlich angenommen.

### **TOP 7: Ergänzung der Geschäftsordnung des Beirats**

Ralf Möller verliest zunächst den Antrag.<sup>10</sup>

Jörn H. Linnertz gibt zu bedenken, dass die beabsichtigte Änderung der Geschäftsordnung nicht zum gegebenen Ortsgesetz für die Beiräte und Ortsämter passe, weil dieses die öffentliche Beratung von Angelegenheiten als Regelfall ansehe. Eigentlich müsste das Ortsgesetz entsprechend geändert werden, um eine zuverlässige rechtliche Grundlage zu haben. So könne es zu rechtlichen Schwierigkeiten bei der Anwendung kommen.

Gabriele Schmidt schließt sich dieser Sichtweise an. Der Ausschluss der Bürger\*innen sei problematisch.

Ralf Möller lässt anschließend über den Antrag abstimmen: Er wird mit 17 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung (Linke) einstimmig angenommen.

### **TOP 8: Anhörungsverfahren ASV (Hartwigstraße)<sup>11</sup>**

Ralf Möller verdeutlicht, dass in der Hartwigstraße ein Haltverbot (wochentags 7 bis 19 Uhr) auf dem Seitenstreifen eingerichtet werden solle, um als Ladezone der anliegenden Geschäfte zu dienen. Damit soll verhindert werden, dass Lieferfahrzeuge auf der Fahrbahn und im Haltestellenbereich der Straßenbahn ständen und damit weitere Verkehrsteilnehmer\*innen gefährdeten.

Auf Rückfrage habe des Amt für Straßen und Verkehr (ASV) mitgeteilt:

„Es ist richtig, dass der Seitenstreifen als Ladezone untermaßig ist. Für LKW ist er daher nicht geeignet. Das Zusatzzeichen ‚Ladezone‘ kann daher hier nicht angeordnet werden. Aufgrund der Situation vor Ort, dass Transporter immer wieder im Haltestellenbereich abgestellt werden und Passagiere des ÖPNV gefährdet werden, sollte aus unserer Sicht die Lösung ‚eingeschränkte

---

<sup>8</sup> Bei dieser Abstimmung war Dr. Christine Börner nicht anwesend.

<sup>9</sup> Der Antrag der Fraktionen Grüne und Linke ist als **Anlage 7** diesem Protokoll angefügt.

<sup>10</sup> Der Antrag ist als **Anlage 8** diesem Protokoll angefügt.

<sup>11</sup> Die Anhörung des ASV ist als **Anlage 9** diesem Protokoll angefügt. Mit der Anhörung war zunächst der Fachausschuss „Verkehr“ am 08.02.2022 (TOP 3) behandelt, siehe [Protokoll Nr. 15](#).

Halteverbote' weiterverfolgt werden. Zwischen Seitenstreifen und Gehweg befindet sich noch ein 30 cm-Trennstreifen, so dass die Durchfahrt der Straßenbahn nicht gefährdet sein sollte.“

Klaus-Peter Land macht deutlich, dass der Wunsch ursprünglich vom örtlichen Polizeirevier stamme und die vorkommenden Behinderungen in der Wachmannstraße vermeiden solle. Die Polizei habe eigentlich eine Zone vor dem Supermarkt „Rewe“ ins Auge gefasst. Das sei dort aber nicht zu realisieren, deshalb habe das ASV diesen Bereich um die Ecke in der Hartwigstraße ins Spiel gebracht. Es sei unglücklich, weil keine förmliche Ladezone eingerichtet werden könne. Aber der vorhandene Zustand sei nicht zufriedenstellend. Deshalb halte er die Maßnahme für notwendig und schlage vor, sie zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Gudrun Eickelberg unterstreicht, dass die Maßnahme nur Wirkung zeige, wenn sie anschließend auch überwacht werde.

Ralf Möller lässt über die vorliegende Anhörung abstimmen: Der Beirat nimmt sie mit 11 Ja- und 6 Nein-Stimmen (CDU) zustimmend zur Kenntnis.<sup>12</sup>

### **TOP 9: Verschiedenes**

Da Anna Faethe zum 01.04.2022 ihr Beiratsmandat niederlegt, bedankt sich Ralf Möller zunächst herzlich bei Anna Faethe für ihr ehrenamtliches Engagement.

Anschließend teilt Ralf Müller mit, dass die nächste Beiratssitzung am Donnerstag, 28.04.2022, 19.30 Uhr, sowie die nächste nicht-öffentliche Sitzung des Fachausschusses „Globalmittel, Koordination und Prävention“ am Mittwoch, 20.04.2022, 18 Uhr, stattfinden werde.

Dr. Hans-Peter Volkmann teilt mit, dass die CDU zum Termin der nächsten Beiratssitzung ihren Kreisparteitag abhalten werde. Das sei etwas unglücklich, aber leider nicht anders zu realisieren. Kay Middendorf bittet darum, auf dieser Sitzung keine konfliktträchtigen Themen zu behandeln.

Sprecherin

Vorsitzender

Protokoll

Eickelberg

Möller

Berger

---

<sup>12</sup> Bei dieser Abstimmung war Dr. Wolfgang Schober nicht zugegen.